

## Ticket nach unten

### Was Totalsanktionen der ARGE für Betroffene bedeuten können

Frau Schubert<sup>1</sup> ist verzweifelt. Mit ihrer 18-jährigen Tochter Maria lebt sie in einer kleinen Wohnung in München – wie es für sie finanziell weitergehen wird, wissen die beiden Frauen, die seit einem Jahr von Arbeitslosengeld II leben, nicht: Maria wurden alle Sozialleistungen gestrichen – sie erhält also vom Amt kein Geld mehr, auch Miete und Krankenkassenbeitrag werden nicht mehr bezahlt.

Die Tochter habe sich nicht an die Eingliederungsvereinbarung gehalten, so die Begründung des Amtes. Was damit konkret gemeint ist, wissen die beiden Frauen nicht sicher: »Angeblich haben wir zwei oder drei Termine bei der ARGE nicht wahrgenommen. Dabei habe ich mich zu dieser Zeit ehrlich um eine Lehrstelle bemüht und auch versucht alle Formalitäten mit der ARGE ordentlich und gewissenhaft zu regeln.«, sagt Maria Schubert.

Ihre Mutter ist chronisch krank, hat Schwierigkeiten beim Lesen und Schreiben, im schriftlichen Kontakt mit der ARGE keine Fehler zu machen, fällt ihr schwerer als anderen. Für Maria Schubert und ihre Mutter hatte die Totalsanktion weitreichende Folgen:

Maria Schubert hatte kein Budget mehr, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, ihr Mietanteil fehlte. Auch ihre Mutter, mit der sie eine »Bedarfsgemeinschaft« bildet, kam so in Geldnot, musste Schulden bei Verwandten machen. »Für's Essen hatten wir auch nicht genügend Geld«, erzählt sie.

Tochter Maria war zu dieser Zeit in ärztlicher Behandlung. Ihre Krankenkassenbeiträge wurden jedoch nicht mehr bezahlt, ihre Versichertenkarte deshalb eingezogen, berichtet die junge Frau. Hinzu kamen permanente Geldsorgen: Sie stahl aus Verzweiflung – wurde erwischt und verurteilt. Ihr ging es psychisch immer schlechter, ohne Tabletten konnte sie nicht mehr schlafen. Die Depressionen, einer der Gründe für ihre Behandlung, wurden schlimmer: »Ich konnte mir keine Medikamente mehr kaufen – eigentlich darf man diese Behandlungen nicht plötzlich abbrechen!«, sagt Maria Schubert.

Die Familie hat jetzt hohe Schulden: Geld für die Miete, Essen und offene Rechnungen musste her. Ihr Telefonanschluss ist gesperrt. Die beiden Frauen hätten bei der ARGE für diese Zeit Essensgutscheine beantragen können, auch die Krankenversicherung hätte dann wieder aufgelebt – im Sanktionsbescheid informierte darüber ein Passus. Für Frau Schubert mit ihren Schreib- und Leseproblemen und ihre Tochter Maria blieb er unverständlich – weshalb sie diese Möglichkeit nicht nutzen, wie viele andere Betroffene auch.

Seit 2007 können auch Unter-25-Jährigen für drei Monate sämtliche Leistungen gestrichen werden. Behördeneigene Statistiken über Sanktionen sind nicht nach Art der

Sanktion aufgeschlüsselt, weshalb genaue Zahlen über Totalsanktionen, also den Wegfall aller Leistungen, fehlen. Die vorhandenen Daten zeigen jedoch, dass die »Sanktionsquote«, der Anteil an LeistungsempfängerInnen mit mindestens einer Sanktion, regional stark variiert: Im September betrug sie in München 2,0 %, in Passau war sie mit 6,3 % mehr als dreimal so hoch.<sup>2</sup>



Jüngere trifft es zudem statistisch häufiger als Ältere: 15- bis 25-jährige Personen werden etwa fünf Mal häufiger sanktioniert als über 55-jährige.<sup>3</sup> Ingmar Kumpmann vom Institut für Wirtschaftsforschung Halle kommt zum Schluss, dass »die Wahrscheinlichkeit sanktioniert zu werden, von einer Vielzahl von Faktoren abhängt, die teilweise nichts mit der Arbeitsbereitschaft zu tun haben und oft außerhalb der Person liegen.«<sup>4</sup>

<sup>2</sup> <http://www.pub.arbeitsagentur.de/hst/services/statistik/interim/analytik/kennzahlensgbi/daten.shtml> aufgerufen am 25.01.2009.

<sup>3</sup> [http://www.sanktionsmoratorium.de/pdfs/sanktionen\\_wiwa\\_0609.PDF](http://www.sanktionsmoratorium.de/pdfs/sanktionen_wiwa_0609.PDF), aufgerufen am 02.12.2009.

<sup>4</sup> Ebd.

<sup>1</sup> Die Namen und persönlichen Daten der Betroffenen wurden anonymisiert.

Welche Faktoren zu einer Teil- oder Vollsanktion führen, ist für deren teilweise drastische Folgen unerheblich. Der BAG Wohnungslosenhilfe e. V. sieht in der steigenden Anzahl junger Wohnungsloser unter 25 eine direkte Folge der Verschärfung der Sanktionsregeln.<sup>5</sup>

Im Rahmen einer Untersuchung der Folgen von Total-sanktionen und in der praktischen Arbeit als Sozialpädagoge zeigten sich mir in einzelnen Fällen dramatische Sanktionsfolgen: Eine Familie wurde wohnungslos, in mehreren Fällen konnte eine Räumung gerade noch verhindert werden. Der Zugang zur medizinischen Versorgung war in mehreren Fällen problematisch, ebenso die psychosoziale Lage der Betroffenen.

Eine Maßnahme, die sich auf die Lage der Betroffenen derart desaströs auswirken kann, erscheint vor dem Ziel, junge Erwachsene in einen geregelten Arbeitsalltag zu integrieren, kontraproduktiv. Ihren Erfolg will selbst die Agentur für Arbeit nicht bescheinigen: Das Institut für Arbeits-

markt- und Berufsforschung der Behörde stellt fest, dass Sanktionen im SGB II bei U25 noch weitgehend eine »black box«<sup>6</sup> seien – soll heißen: Genaues weiss man nicht.



von **Nicolas Griebmeier**  
und **Kerstin Griebmeier**

Nicolas ist Dipl. Sozialpädagoge, arbeitete in einer Münchner Beratungsstelle und absolviert berufsbegleitend den Masterstudiengang »Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession« am Zentrum für Postgraduale Studien Sozialer Arbeit in Berlin. Kerstin arbeitet als freie Journalistin in Leipzig. (leider ohne Foto)

Nachtrag:

Der Münchner Stadtrat hat das Thema Totalsanktionen Mitte April diskutiert, sich dagegen ausgesprochen und beschlossen: »Das Sozialreferat wird beauftragt, über den Deutschen Städtetag auf eine Gesetzesänderung bezüglich der Sanktionsmöglichkeiten gegen erwachsene und jugendliche Empfängerinnen und Empfänger von SGB II-Leistungen hinzuwirken. Die Gesetzesänderung soll darin bestehen, dass Totalsanktionen (insbesondere bei den Kosten der Unterkunft) für alle Altersgruppen sobald als möglich abgeschafft werden.«

vgl.: [http://www.ris-muenchen.de/RII/RII/ris\\_vorlagen\\_ergebnisse.jsp?rsid=1965521](http://www.ris-muenchen.de/RII/RII/ris_vorlagen_ergebnisse.jsp?rsid=1965521)

<sup>5</sup> Vgl. <http://www.bag-wohnungslosenhilfe.de/presse/pa.phtml?ID=20081128>, aufgerufen am 25.01.2009.

<sup>6</sup> Vgl. <http://www.iab.de/138/section.aspx/Projektdetails/k080627f04>, aufgerufen am 25.01.2010.

## Frühförderung eine wichtige soziale Aufgabe

Die GEW-Betriebsgruppe der Lebenshilfe Bad Tölz-Wolfratshausen geht in die Offensive.



Die im Herbst 2009 neu gegründete Betriebsgruppe der Lebenshilfe Bad Tölz-Wolfratshausen gGmbH hatte am 4. März 2010 zu ihrem 1. GEW-Forum in die Franzmühle in Bad Tölz eingeladen, bei dem die Frühförderung für behinderte und von Behinderung bedrohte Kinder im Mittelpunkt stehen sollte.

Ziel der Betriebsgruppe war es, nicht zuletzt aufgrund des 30-jährigen Bestehens der Frühförderung im Landkreis, über die Aufgaben der Frühförderung zu informieren und zu diskutieren, welchen Stellenwert Frühe Hilfen in Politik und Gesellschaft haben und welche Perspektiven dieses wichtige Angebot hat und braucht.

Mit knapp 40 BesucherInnen war diese Premierenveranstaltung recht gut besucht und dafür sorgte nicht zuletzt das hochkarätig besetzte Podium: Der dritte Landrat Klaus Koch (Grüne), Herr Dr.

Phil. Martin Thurmair von der Arbeitsstelle Frühförderung, Herr Dr. Heiner Relploh, Kinderarzt aus Bad Tölz und Wolfgang Nördlinger, Erzieher, von der GEW. Einzig ein Vertreter des Trägers, der eingeladen wurde, aber leider eine Teilnahme nicht für nötig hielt, wurde vermisst. Moderiert wurde die Podiumsdiskussion souverän von Christoph Abeck.

Unter reger Beteiligung aller Anwesenden wurde gute zwei Stunden diskutiert. Am Schluss herrschte Einigkeit darüber, dass eine umfassende Förderung von Kindern sinnvoll und positiv ist, die Frühförderstellen hier sehr gute Arbeit leisten, der Rahmenvertrag aber keine kostendeckende Finanzierung dieser Arbeit mehr zulässt, es somit Fürsprecher in der Politik benötigt und es u. a. auch eine staatliche Beteiligung geben sollte.

Einen etwas schlechten Beigeschmack gab es wegen einer sehr negativen Bericht-

erstattung der örtlichen Presse im Vorfeld, die dann auch Thema in der Diskussion war. Klar wurde hier, dass vielen MitarbeiterInnen die Unterstützung und Rückendeckung der Geschäftsführung und des Vorstandes fehlte. Bezeichnend war, dass z. B. ein ortsansässiger Kinderarzt großen Einsatz zum Erhalt der Einrichtung zeigte, wohingegen Geschäftsführung und Vorstand bisherige Bemühungen zum Erhalt vermissen ließen.

Fazit für die Betriebsgruppe ist in jedem Fall, dass MitarbeiterInnen, die sich organisieren, durchaus etwas Gutes auf die Beine stellen und etwas bewegen können. Alles in Allem eine gute Erfahrung, eine gelungene Veranstaltung und Bestätigung für die Betriebsgruppe weiterzumachen.

von **Heidi Küster**  
GEW Bad Tölz-Wolfratshausen